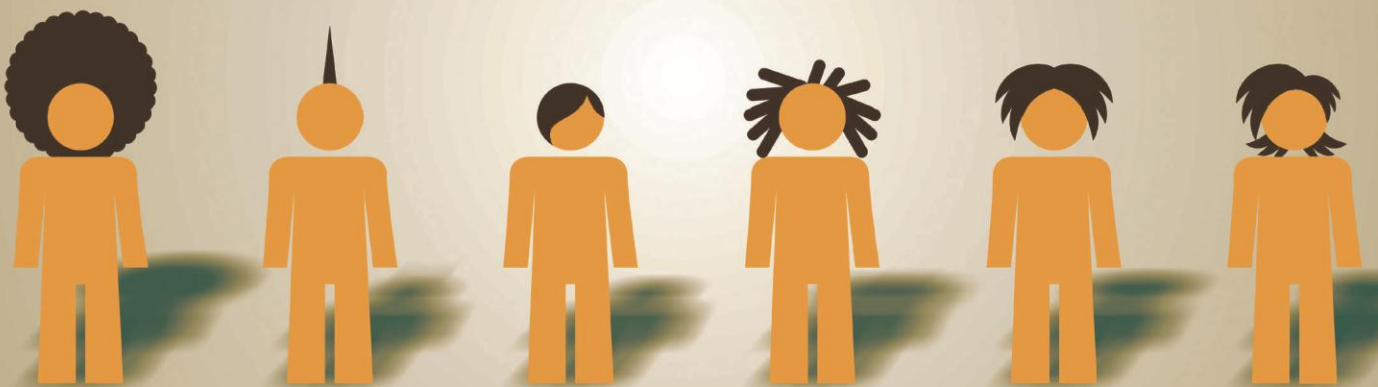


BÜRGERHAUSHALTE IN OSTDEUTSCHLAND

Entwicklungsstand und Handlungsempfehlungen

Eine Studie zu Bürgerhaushalten in
Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen von:



im Auftrag von:



INHALT

1	Auftrag.....	3
2	Einführung.....	4
3	Methoden.....	6
3.1	Interviews.....	6
3.2	Onlinebefragung.....	7
3.3	Literatur- und Dokumentenanalyse	7
3.4	Fachtag	8
4	Entwicklungsstand.....	8
4.1	Kommunen, die einen Bürgerhaushalt durchführen/durchgeführt haben	9
4.2	Kommunen, die einen Bürgerhaushalt begonnen haben	10
4.3	Kommunen, die einen Bürgerhaushalt einführen wollen	11
5	Ergebnisse	11
5.1	Kommunen, die einen Bürgerhaushalt durchgeführt haben	12
5.1.1	Einführungsgründe und Gelingensbedingungen.....	12
5.1.2	Positives und Negatives.....	12
5.1.3	Methoden zur Informationsvermittlung und Partizipation	13
5.1.4	Vorschläge und Umsetzung.....	14
5.1.5	Verbesserung und Unterstützung	15
5.1.6	Weiterentwicklung und Visionen	16
5.2	Kommunen, die einen Bürgerhaushalt begonnen haben oder einführen wollen	17
5.2.1	Einführungsgründe und Gelingensbedingungen.....	17
5.2.2	Positives und Negatives.....	18
5.2.3	Methoden zur Informationsvermittlung und Partizipation	18
5.2.4	Verbesserung und Unterstützung	19
5.2.5	Weiterentwicklung und Visionen	21
5.3	Vergleich der Ergebnisse	21
6	Best Practice für einen Bürgerhaushalt.....	22
7	Empfehlungen	24
7.1	Empfehlungen für Kommunen, die erstmals einen Bürgerhaushalt einführen wollen .	24
7.2	Empfehlungen für Kommunen, die bereits einen Bürgerhaushalt begonnen haben	26
7.3	Empfehlungen für Kommunen, die einen Bürgerhaushalt durchführen	27
8	Zusammenfassung und Fazit	27
9	Literatur.....	29

1 AUFTRAG

ORBIT wurde im Oktober 2009 von der Heinrich-Böll-Stiftung Thüringen e.V., dem Weiterdenken - Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen e.V., der Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen-Anhalt e.V. und dem DAKT e.V. (Die Andere Kommunalpolitik Thüringen e.V.) beauftragt eine Studie zum Thema „Bürgerhaushalte in Ostdeutschland“ durchzuführen. Ziel der Studie war zum einen die Erfassung des Einführungsstandes in Kommunen aus Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen sowie eine systematische Analyse bestehender Probleme bezüglich der Einführung. Darüber hinaus sollten Handlungsempfehlungen zur Einführung, Weiterentwicklung und bedarfsgerechten Unterstützung des Bürgerhaushaltsprozesses auf Kommunal-, Landes- und Bundesebene abgeleitet werden. Intention der Studie war es außerdem, einen Anstoß zur Einführung von Bürgerhaushalten in weiteren Kommunen zu geben und den Ausbau und die Weiterentwicklung von bereits bestehenden Bürgerhaushalten zu unterstützen.

Die Studie wurde von November 2009 bis April 2010 durchgeführt.

Durch eine intensive Internetrecherche und eine dazugehörige Analyse der Fachveröffentlichungen konnten insgesamt 13 Kommunen aus drei ostdeutschen Bundesländern ermittelt werden, bei denen zumindest Bestrebungen zur Einführung eines Bürgerhaushaltes erkennbar waren. Die folgende Tabelle gibt einen Überblick über die untersuchten Kommunen:

Thüringen (TH)	Sachsen (SN)	Sachsen-Anhalt (ST)
Jena	Dresden	Halle
Erfurt	Chemnitz	Köthen
Großbreitenbach	Leipzig	Quedlinburg
Eisenach		
Heiligenstadt		
Suhl		
Nordhausen		

In die Erhebungen einbezogen wurden thematisch interessierte Bürger/innen, Verwaltungsmitarbeiter/innen sowie politische Mandatsträger/innen. Gegenstand der Erhebung war es jedoch nicht, eine Befragung der allgemeinen Bevölkerung zum Thema Bürgerhaushalt durchzuführen, es wurden nur die Personen einbezogen, die in irgendeiner Form aktiv am Verfahren des Bürgerhaushaltes beteiligt sind bzw. waren.

Wir möchten uns an dieser Stelle bei allen Kommunen und den beteiligten Personen für die Unterstützung bei der Durchführung bedanken. Ein ebensolcher Dank geht an die Heinrich-Böll-Stiftung Thüringen e.V. als Auftraggeber – insbesondere an den Geschäftsführenden Vorsitzenden Dr. Marco Schrul, der diese Studie stets positiv begleitete und uns jederzeit Unterstützung anbot.

2 EINFÜHRUNG

Die Geschichte der Bürgerhaushalte ist zwar jung, dafür aber umso bemerkenswerter. Das Verfahren existiert seit etwa 25 Jahren, wobei der Beginn seiner Entwicklung in der brasilianischen Stadt Porto Alegre zu finden ist. Von dort breitete sich die Idee zunächst über Lateinamerika bis nach ganz Europa aus. Porto Alegre, das besonders mit sozialen Problemen zu kämpfen hatte, dient dabei nach wie vor als Paradebeispiel dafür, wie Bürgern/innen ein möglichst hohes Maß an Macht übertragen werden kann, indem die Prinzipien der Mehrheitsentscheidung und sozialen Gerechtigkeit miteinander kombiniert werden. Die Beteiligung der unteren sozialen Schichten machte dort eine Umverteilung zugunsten der benachteiligten Gebiete möglich. (Sintomer/Herzberg/ Röcke 2010, S. 34)

Doch was ist unter einem Bürgerhaushalt eigentlich zu verstehen? Nicht nur die einschlägige Literatur zu diesem Thema gibt dabei keine eindeutige Antwort, auch politisch ist der empirische Gehalt des Begriffs umstritten, da sich ganz unterschiedliche Formen der Beteiligung dahinter verbergen, die die oben beschriebene exponentielle Ausbreitung auch erst ermöglichten. Grundsätzlich bieten Bürgerhaushalte für die ansässige Bevölkerung die Möglichkeit, über finanzielle Belange in ihrer Gemeinde aktiv mitzubestimmen (Sintomer/Herzberg/ Röcke 2010, S. 40). Darüber hinaus nennen Herzberg und Cuny (vgl. Herzberg/ Cuny 2010, S. 8) folgende Bedingungen, die erfüllt sein müssen, um von einem Bürger- bzw. auch Beteiligungshaushalt sprechen zu können:

- Im Zentrum der Partizipation stehen finanzielle Angelegenheiten, es geht um begrenzte Ressourcen;
- Beteiligung findet auf der Ebene der Gesamtstadt oder auf der eines Bezirks mit eigenen politischen und administrativen Kompetenzen statt. Ein Stadtteilstiftungs allein, ohne Partizipation auf der gesamtstädtischen bzw. bezirklichen Ebene, ist kein Bürgerhaushalt;
- Handelt sich um ein auf Dauer angelegtes und wiederholtes Verfahren. Ein einmaliges Referendum zu haushaltspolitischen Fragen ist kein Bürgerhaushalt;
- Prozess beruht auf einem eigenständigen Diskussionsprozess. Die Miteinbeziehung von Bürgern in bestehende Verwaltungsgremien oder Institutionen der repräsentativen Demokratie stellt keinen Bürgerhaushalt dar;
- Organisatoren müssen Rechenschaft in Bezug darauf ablegen, inwieweit die im Verfahren geäußerten Vorschläge aufgegriffen und umgesetzt werden.

In deutschen Kommunen wurden 1999/2000 die ersten Bürgerhaushalte eingeführt. (Günther 2010, S. 27) Die Bürgerhaushalte in Deutschland zeichnen sich dadurch aus, dass sie alle auf einen einheitlichen drei-stufigen Ablaufplan zurückgeführt werden können. Die Schritte reichen dabei von einer Informationsphase, in der die Bürger/innen zunächst über den Haushalt der Kommune informiert werden, über eine Phase der Konsultation der Meinungen und Ideen der Bürger/innen bis hin zur Re-

chenschaftslegungsphase, in der die Bürger/innen über die Annahme oder ggf. Ablehnung der Vorschläge in Kenntnis gesetzt werden. (Herzberg 2010)

Den Kommunen steht es dabei frei, im Rahmen ihres Selbstverwaltungsrechtes das Verfahren einzusetzen, um ihren Bürgern/innen die Möglichkeit zu geben, Anregungen und Vorschläge zum Haushalt einzubringen. 67 Kommunen haben sich nach dem Statusbericht Bürgerhaushalt in Deutschland vom 01.03.2010 (Märker 2010) inzwischen zu diesem Schritt entschieden, das heißt, sie haben einen Bürgerhaushalt eingeführt, beschlossen, fortgeführt oder informieren ihre Bürger/innen über den Haushalt. Insgesamt gibt es deutschlandweit sogar 140 Kommunen, in denen sich der Bürgerhaushalt zumindest in der Diskussionsphase befindet. Trotz Finanzkrise und knapper Kassen erfreut sich das Thema folglich immer größerer Beliebtheit. Impulsgeber sind dafür unter anderem die „Bundeszentrale für politische Bildung“, die „Servicestelle Kommunen in der einen Welt“, die Bertelsmann-Stiftung und „Inwent“.

Speziell in den neuen Bundesländern verfolgten die Kommunen mit der Einführung von Bürgerhaushalten das Ziel, die Forderungen nach mehr direktdemokratischen Elementen aus der Wendezeit aufzunehmen, um den Bürgern/innen zumindest auf kommunaler Ebene aktive Beteiligungsformen einzuräumen (Sintomer/Herzberg/Röcke 2010, S. 113). Thüringen ist dabei derzeit das erste Bundesland, in dem es zumindest formal ein Bürgerhaushaltsnetzwerk für Kommunen gibt, das Informations- und Weiterbildungsangebote bereitstellt. Dahinter steckt neben der gegenseitigen Unterstützung der beteiligten Städte und Kommunen vor allem die Idee, unterschiedliche Erfahrungen zu bündeln und darauf besser reagieren zu können. (Ahlke 2010) In der Praxis ist dieses Netzwerk jedoch noch ausbaufähig, da Aktivitäten zunächst eher sporadisch stattfinden.

Ausgehend von den einführenden Gedanken wird im Kapitel drei des Berichtes das methodische Vorgehen dieser Studie aufgezeigt. Einen Überblick über die untersuchten Kommunen und deren derzeitigen Entwicklungsstand zeigt Kapitel vier. Dabei wird zwischen Kommunen unterschieden, die einen Bürgerhaushalt vollständig durchgeführt haben begonnen haben bzw. erst noch beginnen wollen. In Kapitel fünf werden die gewonnenen Ergebnisse der Erhebungen gebündelt und dargestellt. An dieser Stelle erfolgt die Unterteilung in Kommunen, die einen Bürgerhaushalt vollständig durchgeführt haben und in Kommunen die begonnen haben bzw. noch beginnen wollen. Dies hat sich für die Darstellung und Diskussion als günstig erwiesen. Kapitel sechs stellt einen möglichen Prozessablauf vor, abgeleitet aus den Erfahrungen der untersuchten Städte. Kapitel sieben zeigt aus den Ergebnissen der Untersuchung abgeleitete Empfehlungen auf, jeweils für jede der drei Kategorien getrennt. In Kapitel acht erfolgt ein Fazit. Der Bericht endet mit einer Darstellung der Primär- und Sekundärliteratur.

3 METHODEN

Ausgehend von den Zielstellungen der Studie wurde ein mehrstufiges Forschungsdesign gewählt, bei dem Untersuchungsbausteine miteinander kombiniert wurden, um einen bestmöglichen Einblick in dieses Untersuchungsfeld zu gewährleisten.

3.1 Interviews

Der erste Untersuchungsbaustein stellte die Durchführung von telefonischen Interviews in den 13 zu untersuchenden Kommunen dar. Dazu wurde durch Recherche je eine geeignete Schlüsselperson pro Kommune ausfindig gemacht und auf Basis eines Interviewleitfadens telefonisch befragt. Diese Interviews dauerten je nach Kommune zwischen 45 und 60 Minuten. Die Dauer des Gesprächs hing entscheidend davon ab, ob die Kommune bereits einen Bürgerhaushalt vollständig durchgeführt hat oder erst in den Anfängen steckt. Je nach Entwicklungsstand in der Kommune beinhaltete das Gespräch im ersten Fall mehr Fragen, als im zweiten Fall. Zentrale Aspekte innerhalb der Interviews waren u.a.:

- Daten zur befragten Person;
- Gründe für die Einführung des Bürgerhaushaltes (Idee, Impulsgeber);
- Ablauf von der Idee zur Durchführung (Ablauf, Positives, Negatives, Hindernisse);
- durchgeführte Methoden;
- Beteiligung (Zufriedenheit, Beschreibung Personengruppen);
- Ergebnisse (Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse, Resonanz, konkrete Veränderungen);
- Weiterentwicklung (geplante Vorhaben, Hemmnisse);
- Visionen.

Themen, wie beispielsweise angewandte Methoden, Beteiligung der Bevölkerung beim Bürgerhaushalt und Ergebnisse waren in den Kommunen, die noch keinen Bürgerhaushalt durchgeführt haben, nicht Gegenstand des Gesprächs.

Die Informationen aus den Interviews bildeten zusammen mit den Erkenntnissen der Literaturrecherche die Grundlage für die Entwicklung des Onlinefragebogens.

Die Gesprächspartner/innen wurden am Ende des Interviews über die Entstehung eines Onlinefragebogens informiert und gebeten Auskunft zu erteilen, wer innerhalb der Akteure/innen in der Kommune, einen solchen Bogen ausfüllen sollte. Zielgruppe sowohl der Interviews, als auch der Befragung sollten Akteure/innen sein, die sich intensiv mit dem Thema Bürgerhaushalt auseinandersetzen bzw. auseinandergesetzt haben.

3.2 Onlinebefragung

Im zweiten Schritt wurde ein Onlinefragebogen entwickelt. Ziel war es die zunächst explorativ gewonnenen Daten aus den Interviews zu vertiefen und detaillierte Informationen über die einzelnen Kommunen zu erhalten. Der Fragebogen wurde auf einer entsprechenden Plattform erstellt und ein entsprechender Link per Mail an die von den Interviewpartnern/innen genannten Adressen versandt bzw. durch den/die Interviewpartner/in auch selbst an entsprechende Personen weitergeleitet. Der Fragebogen bestand größtenteils aus geschlossenen Fragen, die durch offene Antwortmöglichkeiten ergänzt wurden. Der Bogen beinhaltete insgesamt 51 Fragestellungen. Folgende Themenschwerpunkte lassen sich zusammenfassen:

- Demografische Angaben;
- Probleme bei der Einführung;
- Anwendung von Methoden (Effektivität, Methodenmix);
- Zielgruppen und eingebrachte Vorschläge;
- Ergebniserreichung in Bezug auf soziale Gerechtigkeit, Demokratie und Finanzen;
- Externe Begleitung;
- Qualifizierungsbedarf;
- Maßnahmen für höhere Beteiligung und gelingenden Bürgerhaushalt.

Insgesamt füllten 52 Akteure/innen aus den Kommunen einen Fragebogen aus - davon 20 vollständig beantwortete Bögen. Von den insgesamt 52 Teilnehmer/innen benannten 27 die Kommune in der sie tätig sind. Die restlichen Teilnehmer/innen konnten leider nicht zugeordnet werden. Die folgende Tabelle gibt einen Überblick über die beteiligten Kommunen, die zuordenbar waren:

Kommune	Anzahl der ausgefüllten Bögen
Jena	7
Chemnitz	3
Erfurt	3
Quedlinburg	3
Dresden	2
Eisenach	2
Köthen	2
Leipzig	2
Suhl	2
Halle	1

Abb. 1 Beteiligte Kommunen

3.3 Literatur- und Dokumentenanalyse

Parallel zu den Erhebungen fand eine inhaltsanalytische Auswertung vorhandener Literatur und sonstiger Materialien statt. Gesichtet wurden dabei unter anderem die in den Kommunen existierenden Informationssammlungen und Dokumente sowie

Internetseiten mit Inhalten zum Bürgerhaushalt. Darüber hinaus erfolgte eine inhaltsanalytische Auswertung der aktuell relevanten Literatur zu diesem Thema (siehe Literaturverzeichnis).

3.4 Fachtag

Ergänzend zu den vorher genannten Methoden besuchte ein Mitarbeiter von ORBIT einen zweitägigen internationalen Kongress zu Modellen des Bürgerhaushalts in Berlin. Dort wurden verschiedene Bürgerhaushaltsmodelle aus mehreren Ländern von Gastreferenten/innen vorgestellt. Zudem bestand die Möglichkeit an Workshops teilzunehmen, welche wiederum durch Experten/innen geleitet wurden. Ziel des Kongressbesuches war es primär mit anderen Akteuren/innen in Kontakt zu treten und den Bekanntheitsgrad der Evaluation von Bürgerhaushalten in Ostdeutschland zu erhöhen.

4 ENTWICKLUNGSSTAND

Der Entwicklungsstand der untersuchten Kommunen in Bezug auf die Durchführung eines Bürgerhaushaltes stellte sich während der Erhebung als sehr heterogen dar, so dass die Überlegung aufkam, die Kommunen zu kategorisieren und somit ihrem derzeitigen Entwicklungsstand zugehörig einteilen zu können. Als nützlich und handhabbar erschien die Zuordnung in folgende drei Kategorien:



Abb. 2 Beteiligte Kommunen nach Kategorien

■ Kommunen, die einen Bürgerhaushalt durchführen/ durchgeführt haben (Erfurt, Großbreitenbach, Jena)

★ Kommunen, die einen Bürgerhaushalt begonnen haben (Chemnitz, Suhl, Dresden, Eisenach, Heiligenstadt)

• Kommunen, die einen Bürgerhaushalt einführen wollen (Halle, Köthen, Leipzig, Nordhausen, Quedlinburg)

Die folgenden Übersichten zeigen die Kommunen und deren Zuordnung noch einmal in tabellarischer Form:

4.1 Kommunen, die einen Bürgerhaushalt durchführen/durchgeführt haben

Kommune	Beschluss	Erstmalig durchgeführt	Turnus	Phasen	Erstantrag	Internetpräsenz
Erfurt	2005	2008	jährlich	alle	Mitglieder des Stadtrates	www.erfurt.de/ef/de/engagiert/bbhaushalt/
Großbreitenbach	2007	2009	jährlich	alle	Großbreitenbach 2000	www.da-rede-ich-mit.de
Jena	2006	2007	jährlich	alle	Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke, SPD	www.jena.de/buergerhaushalt

Abb. 3 Kommunen, die einen BHH durchführen/durchgeführt haben

Im Jahr 2005 fasste die Stadt Erfurt als erste der untersuchten 13 Kommunen den Beschluss einen Bürgerhaushalt einzuführen. Die Initiative ging von Mitgliedern des Stadtrates aus, führte aber erst im Jahr 2008 zur erstmaligen Durchführung eines Bürgerhaushaltes. In Jena dagegen brauchte es von der Beschlussfassung 2006 bis zur erstmaligen Durchführung 2007 nur ein Jahr. Hier kam der Erstantrag im Stadtrat von Bündnis 90/Die Grünen, SPD und Die LINKE. Großbreitenbach fasste 2007 den Beschluss einen Bürgerhaushalt einzuführen. Der Erstantrag erfolgte durch die Parteien „Großbreitenbach 2000“ und CDU. Die erstmalige Durchführung des Bürgerhaushaltes fand dort jüngst im letzten Jahr statt. In allen drei Städten wurden die Phasen der Einführung eines Bürgerhaushaltes: Information der Bürger/innen, Konsultation zu Meinungen und Ideen sowie Rechenschaftslegung über die Annahme oder ggf. Ablehnung der Vorschläge, erfolgreich durchgeführt. Die Bürgerhaushalte sollen und werden nun jährlich weitergeführt werden.

4.2 Kommunen, die einen Bürgerhaushalt begonnen haben

Kommune	Beschlussfassung	Phasen	Erstantrag	Internetpräsenz
Chemnitz	2007	Informationsphase	DIE LINKE-Stadtratsfraktion	http://www.chemnitz.de/chemnitz/de/buerger_und_rathaus/rathaus/haushalt/haushalt_index.asp
Dresden	keine Angaben	Informationsphase	Bündnis 90/Die Grünen	http://www.scriptito.de/buergerbroschuere.pdf
Eisenach	2007	Informationsphase	Die Linke	http://www.eisenach.de/Buergerhaushalt.1189.o.html
Heiligenstadt	keine Angaben	noch in Informationsphase, teilweise in Konsultationsphase	Fraktionen aus Stadtrat	http://www.heilbad-heiligenstadt.de/874.o.html
Suhl	keine Angaben	Informationsphase	DIE LINKE und „Aktiv für Suhl“	Keine Internetpräsenz

Abb. 4 Kommunen, die einen BHH begonnen haben

Die Städte Chemnitz und Eisenach fassten im Jahr 2007, die Stadt Dresden in der letzten Legislaturperiode den Beschluss einen Bürgerhaushalt einzuführen. Impulse kamen dabei meist aus dem Stadtrat. In Chemnitz ging der Erstantrag von der Stadtratsfraktion DIE LINKE aus, in Eisenach und Suhl ebenfalls von DIE LINKE und in Dresden waren Vertreter/innen von Bündnis 90/Die Grünen die Erstantragsteller. Ausgenommen von Chemnitz ist in allen vier anderen Kommunen festzustellen, dass sich die Einführung der Bürgerhaushalte noch in der Informationsphase befindet. Einzig in Heiligenstadt geht die Entwicklung teilweise schon in die Konsultationsphase über.

Entwicklungsstand

4.3 Kommunen, die einen Bürgerhaushalt einführen wollen

Kommune	Beschlussantrag	Phasen	Erstanträger	Internetpräsenz
Halle	nicht erfolgt	noch in der „Anfangsphase“	keine Angaben	http://www.halle.de (Über die Suchfunktion, Stichwort „Bürgerhaushalt“)
Köthen	nicht erfolgt	bis jetzt nur Einholen von Informationen & Beratung in Fraktion und Kreisverband	DIE LINKE	Keine Internetpräsenz
Leipzig	erfolgt	keine Angaben	Vertreter/innen von Bündnis 90/Die Grünen & aus der Fraktion DIE LINKE	http://www.leipzigergaegen-da21.de/civixx/projekte_buergergesellschaft.asp#haushalt2
Nordhausen	nicht erfolgt	nicht erfolgt	keine Angaben	Keine Internetpräsenz
Quedlinburg	erfolgt	bis jetzt nur Einholen von Informationen	Vertreter/innen von DIE LINKE	Keine Internetpräsenz

Abb. 5 Kommunen, die einen BHH einführen wollen

5 ERGEBNISSE

Dieses Kapitel fasst die wichtigsten Ergebnisse der Untersuchung zusammen. Dabei soll zunächst auf die Kommunen eingegangen werden, die zumindest einmal den gesamten Bürgerhaushaltsprozess durchlaufen haben. Anschließend werden die Kommunen zusammengefasst betrachtet, welche einen Bürgerhaushalt noch nicht vollständig durchlaufen bzw. nur begonnen haben. Um auf Grund der Größe der Stichprobe keine Verfälschung der Ergebnisse befürchten zu müssen, erfolgt die Darstellung der Tabellen bzw. Grafiken im Ergebnisteil in absoluten Zahlen. Zur Untermauerung der nachfolgenden Ergebnisse sind an einigen Stellen wörtliche Zitate aus den

Telefoninterviews abgebildet. Die Anonymität der Befragten wird dabei gewährleistet.

5.1 Kommunen, die einen Bürgerhaushalt durchgeführt haben

5.1.1 Einführungsgründe und Gelingensbedingungen

„Und wir glauben daran, (...), dass man sehr viel in der Kommune bewegen kann, wenn also Bürgerinnen und Bürger auch die Möglichkeit erhalten, sich mit ihren Ideen, mit ihren Vorschlägen, mit ihrer Kreativität einzubringen.“ (Interviewpartner B; Zeile 6-9)

Zu Beginn der Erhebung wurden die Akteure/innen nach den Einführungsgründen und den Gelingensbedingungen für einen Bürgerhaushalt gefragt. Ein breites öffentliches Interesse an Diskussionen zu Haushaltsbelangen gab nach Einschätzung der durchführenden Kommunen häufig den entscheidenden Impuls zur Einführung dieses Verfahrens. Auch die Erreichung einer höheren Bürgerbeteiligung an kommunalen Entscheidungen wurde signalisiert.

Aus der Sicht der Akteure/innen zählten transparente Strukturen, ausreichende Räumlichkeiten, qualifiziertes Personal, engagierte Bürger/innen, sowie eine engagierte Leitung in Verwaltung und Politik zu den Gelingensbedingungen. Die Ausstattung mit finanziellen Mitteln nimmt insgesamt aus Sicht der Befragten hingegen eine eher untergeordnete Rolle ein.

5.1.2 Positives und Negatives

„Also man muss wirklich auch viel Zeit, (...) einplanen, um so ein Bürgerbeteiligungshaushalt auch umzusetzen (...).“ (Interviewpartner B; Zeile 71-74)

Innerhalb der Befragung wurde auch untersucht, welche Faktoren im Prozess als positiv bzw. negativ bezeichnet werden können.

Als positiv bewertet wurde der nachhaltige Einfluss auf die eigentliche Entscheidungsfindung in den Haushaltsberatungen der Ausschüsse und beim Stadtrat. Ebenso bewerten die Befragten Evaluationen zur Erfolgsmessung als positiv.

Problematisch war aus Sicht der Befragten die fehlende Einbeziehung von Menschen, die den bildungsfernen, sozialbenachteiligten Milieus anzurechnen sind. Außerdem gestaltete es sich nach Aussage der Befragten zum Teil schwer, Jugendliche oder auch Senioren mit den gewählten Methoden zu erreichen. Zudem kritisierte man den hohen Zeitaufwand des Verfahrens, sowie die teilweise zu starke Vertretung von Lobbygruppen. Ein zentrales Problem lag in der fehlenden Akzeptanz des Verfahrens bei den Bürger/innen. Als besonders problematisch erwiesen sich dabei zum einen die teilweise sehr geringe Beteiligung der Bürger/innen und zum anderen ihr geringes Vertrauen in die tatsächliche Umsetzung ihrer Vorschläge.

Einen weiteren zentralen Punkt stellten Widerstände innerhalb der Verwaltungen dar. Diese manifestierten sich insbesondere dann, wenn es um Fragen wie den hohen Arbeitsaufwand oder die Gewährleistung der Repräsentativität der Beteiligung ging. Des

Weiteren wurde das eingeschränkte Wissen über das Instrument Bürgerhaushalt und das Fehlen einer motivierenden Rolle der Politiker/innen („Zugpferdfunktion“) bemängelt.

5.1.3 Methoden zur Informationsvermittlung und Partizipation

„Es gab einen Vorschlag, (...). Wir könnten uns zum Beispiel im nächsten Jahr (...) mit Laptops einfach vors Rathaus stellen. Wir stehen da wie, (...), so ein Reklameverkäufer und würden im Prinzip die Hürde oder Schwelle etwas einzugeben, senken.“ (Interviewpartner A; Zeile 110-113)

Ein zentraler Punkt des Bürgerhaushaltsverfahrens stellt die Vermittlung von Informationen an die Bürger/innen dar. Auf die Frage welche Methoden zu diesem Zweck eingesetzt wurden, ergaben sich folgende Antworten: Zum einen gab es Präsenzveranstaltungen, die teilweise stadtteilbezogen waren und jedem/r Bürger/in offen standen. Zum anderen erfolgte die Publizierung von Informationen online, über TV, Radio, Litfaßsäulen und Printmedien. In fast allen Städten wurden Haushaltsbroschüren entwickelt und veröffentlicht, um die Bürger/innen zu informieren Ergänzend dazu kamen Flyer, Plakate und Seminare an den Volkshochschulen zum Einsatz.

Betrachtet man die in den Beteiligungsverfahren eingesetzten partizipativen Methoden, so ist festzustellen, dass Diskussionen mit den Bürger/innen im Rahmen von Bürgerversammlungen und offenen Bürgerforen angewandt wurden. Häufig erfolgten schriftliche Einladungen an die Bürger/innen zu Veranstaltungen und postalische Befragungen via Fragebögen sowie das Einbringen von Vorschlägen, bzw. die Abstimmung darüber, per Internet. Ebenso wurden persönliche und postalische Interviews eingesetzt.

Gefragt wurden die Akteure/innen ebenfalls danach, welche Verknüpfung von partizipativen Methoden aus ihrer Sicht als besonders **sinnvoll** für die Durchführung eines Abstimmungsverfahrens eingeschätzt werden. Hierbei ergab sich in der Tendenz ein Mix aus Präsenzveranstaltungen (wie offene Bürgerforen) und Befragungen. Sowohl die Befragungen im Internet als auch postalische Befragungen werden als sehr sinnvoll bewertet, wobei jedoch im Vergleich die Erstgenannte präferiert wird. Reine Internetbefragungen sind aus Sicht der Akteure/innen überzeugender als Befragungen in Verbindung mit Onlinediskussionsforen.

Welche Methoden aus Sicht der Befragten als **Minimum** eingesetzt werden sollten, stellte eine weitere Fragestellung dar: So ist ein Mix aus Bürgerversammlungen bzw. offenen Bürgerforen und Befragungen im Internet das Minimum an Methoden im Rahmen eines Bürgerbeteiligungsverfahrens.

Einen Überblick darüber, wie **effektiv die Befragten eingesetzte** Partizipationsmethoden einschätzen, gibt nachfolgendes Diagramm.

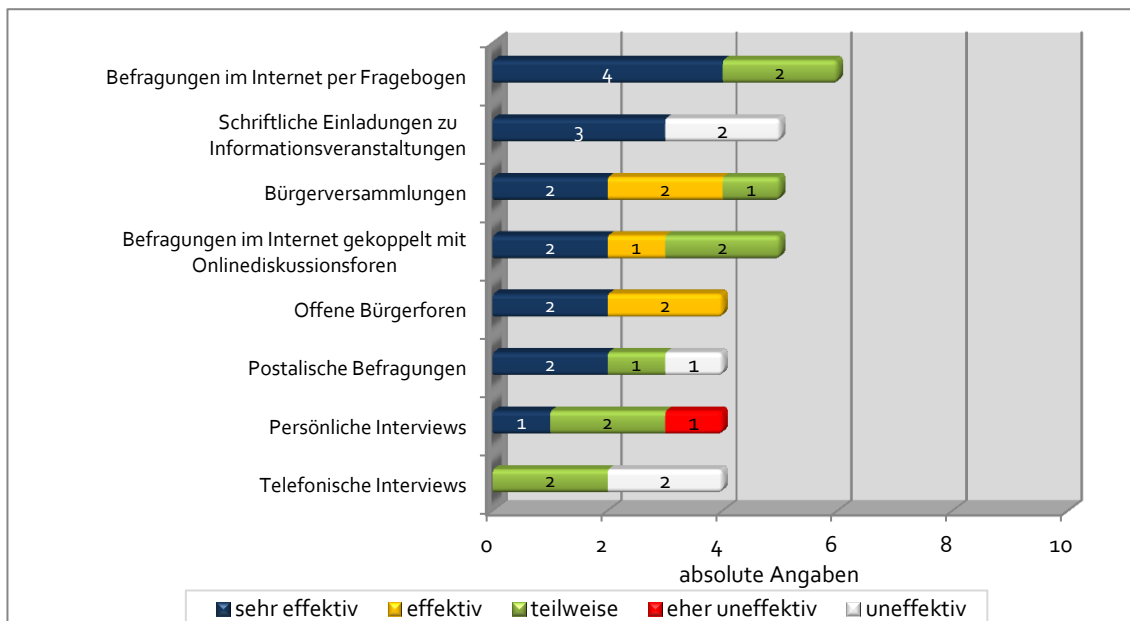


Abb. 6 Effektivität eingesetzter Methoden

Am effektivsten in ihrer Wirkungen bewerten die Befragten Onlinebefragungen aber auch gekoppelt mit Onlinediskussionsforen und Bürgerversammlungen. Als weniger effektiv sehen die Akteure/innen persönliche bzw. telefonische Interviews an.

5.1.4 Vorschläge und Umsetzung

„Ja, ich bin sehr zufrieden. Also (...) wir waren alle sehr überrascht auch hier in der Verwaltung, das die Rücklaufquote bei immerhin (...)circa 30% war. Also das hat sich gegenüber dem was wir vorher hatten mehr als verdoppelt.“ (Interviewpartner C; Zeile 134-137)

Aus der Befragung wurde ersichtlich, dass jede Kommune bei der Umsetzung eines Bürgerbeteiligungsverfahrens ihren eigenen Weg geht und Änderungen des Modus Vivendi vorkommen. So hatten einige Kommunen im ersten Jahr des Bürgerhaushaltes ein völlig offenes Vorschlagswesen praktiziert, um dann im folgenden Jahr dazu überzugehen, fünf oder mehr Themengebiete vorzugeben, zu denen Vorschläge gemacht werden konnten. Andere Kommunen änderten ihr Verfahren nicht und ließen dem/der Bürger/in die Möglichkeit, Vorschläge ohne Einschränkungen abzugeben. Abbildung sieben gibt wieder, zu welchen Positionen die Bürger/innen sich am häufigsten äußerten. Nach Ansicht der befragten Akteure/innen zeigte sich ein großes Interesse an den Positionen Verkehrswesen und Stadtplanung sowie den Bereichen Kultur und Freizeit. Weniger interessant für die Bürger/innen waren die Bereiche Kinderbetreuung und Wirtschaftsförderung.

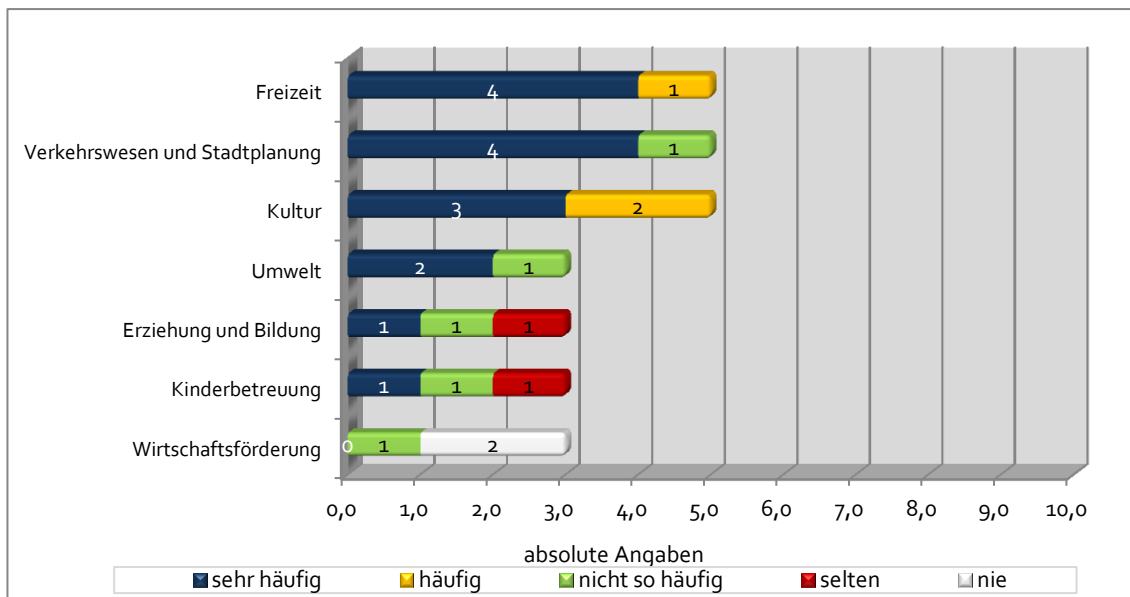


Abb. 7 Häufigste Äußerungen der Bürger/innen

Als Gründe, warum manche Vorschläge nicht umgesetzt werden konnten, gaben die Befragten an, dass Finanzen und örtliche Gegebenheiten ebenso eine große Rolle spielten wie rechtliche Gründe. Teilweise wurden Vorschläge von den Parteien nicht aufgegriffen bzw. erhielten keine Mehrheit im Stadtrat.

5.1.5 Verbesserung und Unterstützung

„Also die Öffentlichkeitsarbeit ist wichtig (...). (...) ist es einerseits die Qualität der Broschüre, die interessant gemacht ist, die interessante Fragestellungen aufweist aber eben auch das Thema in der Öffentlichkeit sich etabliert hat und so erkläre ich mir auch die gute Beteiligungsquote.“ (Interviewpartner B; Zeile 138-141)

Auf die Frage, welche Maßnahmen für eine höhere Bürgerbeteiligung zu empfehlen sind, ergaben sich folgende Antworten: Es wurde vorgeschlagen, konkrete Interessengruppen gezielt anzusprechen, persönliche Einladungen zu versenden und ganz allgemein Öffentlichkeitsarbeit auch außerhalb des direkten Prozesses zu betreiben, da viele Bürger/innen gar nicht wüssten, dass Beteiligungsstrukturen existierten. Zudem solle das Bürgerhaushaltsverfahren kontinuierlich und ohne Unterbrechungen jährlich durchgeführt werden. Desweiteren wirke sich die tatsächliche Umsetzung von Vorschlägen positiv auf die Beteiligung aus.

Ein weiterer Themenkomplex innerhalb des Fragebogens beschäftigte sich mit Unterstützung von außen. An dieser Stelle wurde unter anderem gefragt was eine externe Begleitung leisten solle. Es ergaben sich die folgenden Nennungen:

Art der Unterstützung	Anzahl der Nennungen
Evaluation des Verfahrens	4
Moderation von Präsenzveranstaltungen	2
Dokumentation des Prozesses	2
Redaktion und Aufbereitung von Vorschlägen	2
Betreuung des Internetauftrittes	2
Erstellung und Auswertung von Fragebögen	2
Öffentlichkeitsarbeit	2
Steuerung des gesamten Prozesses von Beginn an	2

Abb. 8 Externe Unterstützung

Aus der Tabelle ergibt sich, dass alle aufgeführten Unterstützungsmöglichkeiten gefragt sind, insbesondere die Evaluation des gesamten Verfahrens.

Bei einer Betrachtung der Qualifizierungsbedarfe der am Prozess beteiligten Personen ergaben sich als häufigste Nennungen die Prozessmoderation und Weiterbildungen zu Methoden der Informationsvermittlung. Als weniger wichtig angesehen wurden Weiterbildungen zur Selbstevaluation und Öffentlichkeitsarbeit.

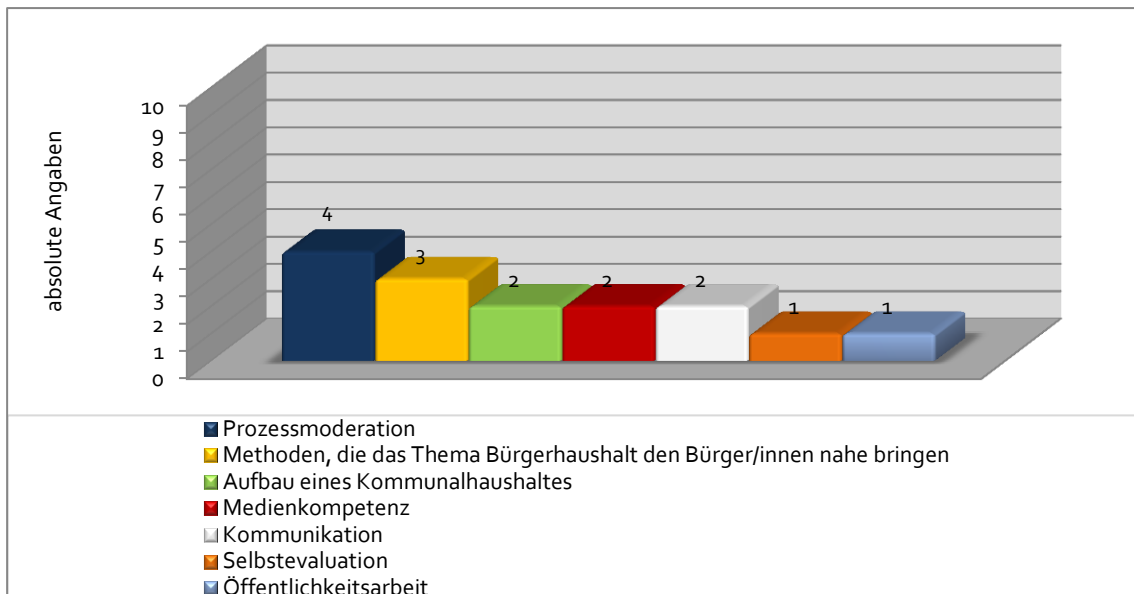


Abb. 9 Qualifizierungsbedarfe

5.1.6 Weiterentwicklung und Visionen

„Dass jeder eben auch seine Möglichkeiten nutzt im Rahmen des Bürgerbeteiligungshaushaltes, sich mit seinen Vorschlägen, seinen Ideen, seiner Kreativität einzubringen. Schön wäre es, wenn jeder mitmachen würde.“ (Interviewpartner B; Zeile 248-251)

Danach gefragt, wie der Bürgerhaushalt in den Kommunen hinsichtlich Beteiligung, Akzeptanz und Durchführung in Zukunft aussehen sollte, ergaben sich die folgenden Antworten. So wünschten sich die Befragten noch mehr „sinnvoll“ zu diskutierende Vorschläge, eine höhere Beteiligung und Akzeptanz durch die Bürger/innen, sowie eine stärkere Berücksichtigung der eingebrachten Vorschläge. Ebenso erfolgte der Vorschlag den Bürgerhaushalt auch für andere Planverfahren nutzbar zu machen.

Ein weiterer Bestandteil der Untersuchung waren Aspekte der unmittelbaren Weiterentwicklung bzw. der in nächster Zeit geplanten Vorhaben. Dabei zeigte sich die Absicht eine stärkere Einbeziehung von sogenannten Randgruppen (bildungsferne und sozial benachteiligte Schichten bzw. Jugendliche und Senioren) zu ermöglichen und eine Erhöhung der Beteiligung im Rahmen von Präsenzveranstaltungen zu gewährleisten. Zudem wurde die permanente Verbesserung des Prozesses der Bürgerbefragung genannt.

5.2 Kommunen, die einen Bürgerhaushalt begonnen haben oder einführen wollen

5.2.1 Einführungsgründe und Gelingensbedingungen

„Die Experten vor Ort sind eigentlich immer die Bürger, die sehen direkt wenn irgendwas im Argen liegt. Und diese Kompetenzen möchte man eigentlich nutzen, das ist ja auch ein Hintergrund des Bürgerhaushaltes, dass man da schneller reagieren kann und viel mehr mit bekommt.“ (Interviewpartner D; Zeile 76-79)

Gründe für die Einführung bzw. geplante Einführung waren hier der Wunsch danach, eine Möglichkeit zu schaffen, Bürgervorschläge in den Haushalt einzubringen, mehr Bürgernähe zu erreichen, den Haushalt transparenter zu machen, die Arbeit des Stadtrates und der Verwaltung bürgerfreundlicher zu gestalten sowie Demokratie und Mitbestimmung zu stärken.

Als weiterer Grund wurde aufgeführt, dass zunächst die Einführung des Doppikhaushaltes im Vordergrund steht und daran anschließend Bürgerhaushaltsverfahren angedacht sind. Andere wiederum nutzen die Dynamik der Doppikhaushaltseinführung zur gleichzeitigen Einführung des Bürgerhaushaltes.

Welche Bedingungen aus Sicht der Akteure/innen nach Einführung des Bürgerhaushaltes, für das Gelingen dessen wichtig sind, kann Abbildung zehn entnommen werden.

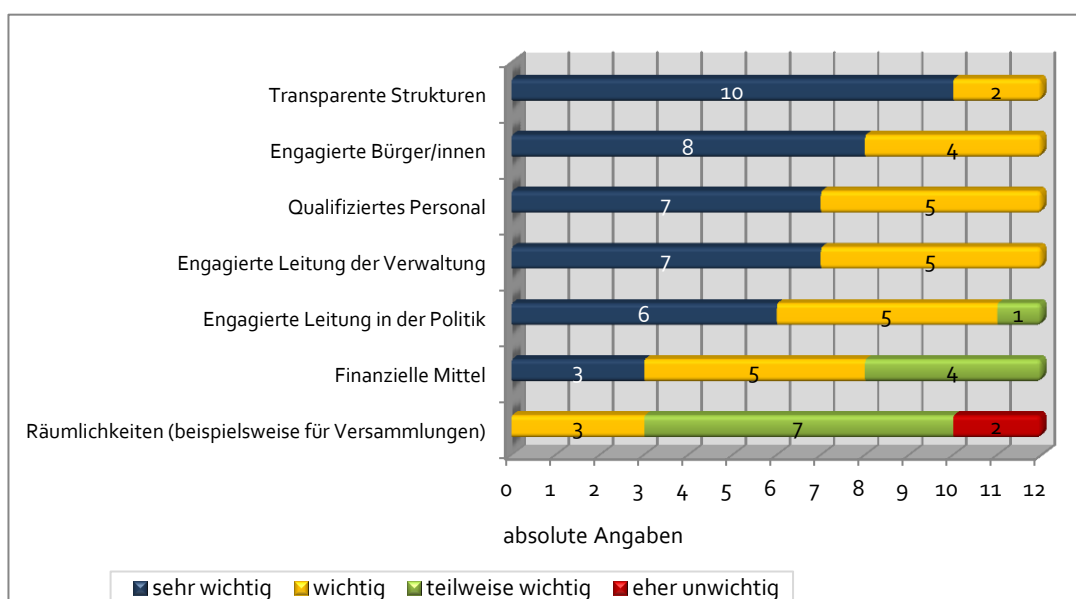


Abb. 10 Gelingensbedingungen aus Sicht der Akteure/innen

5.2.2 Positives und Negatives

„Die Bürger können sich einbringen, aber die letzte Entscheidungsbefugnis liegt ja immer beim Stadtrat.“ (Interviewpartner D; Zeile 98-99)

Auf die Frage welche positiven Aspekte aus der Einführung eines Bürgerhaushaltes resultieren bzw. was im Zuge der Einführung besonders positiv zu bewerten ist, ergab sich Folgendes: So wurde beispielsweise die Arbeit insgesamt als sehr konstruktiv bewertet und auch den Austausch zwischen den einzelnen Städten sahen die Akteure/innen als „Positiveffekt“ an. Weitere Nennungen waren die Möglichkeit zur transparenteren Darstellung des Haushaltes für die Bürger/innen sowie die generelle Auseinandersetzung mit dem Thema Bürgerhaushalt in den Kommunen.

Negativ bewertet wurden primär Widerstände in Politik und Verwaltung sowie sehr geringe finanzielle, personelle und materielle Ressourcen. Auch die Wirtschafts- und Finanzkrise sahen viele der Befragten als ein zentrales Hindernis bei der Einführung des Bürgerhaushaltes an. Zusätzliche Nennungen bezogen sich auf die fehlende Akzeptanz des Verfahrens bei den Bürger/innen. Einige der Befragten äußerten Zweifel am Aufwand–Nutzen–Verhältnis. Innerhalb der Befragung wurde geäußert, dass die mangelnde Akzeptanz in den fehlenden Basisinformationen und einem Unverständnis über die Komplexität eines Haushaltes seitens der Bürger/innen begründet liegen könnte. Probleme innerhalb der Politik manifestierten sich in fehlender Kontinuität bzw. fehlender Qualitätskontrolle der Aufträge. Seitens der Verwaltung mangelte es an Kenntnissen über das Verfahren, an Kapazitäten und Engagement. Zudem wirkten sich Unklarheiten über Prioritäten beim Inhalt und eine Angst vor dem Verfahren als störend aus.

5.2.3 Methoden zur Informationsvermittlung und Partizipation

„Und da sollte man natürlich bei allem irgendwie eine Vielfalt von Methoden machen. Also dass es eine Vielfalt gibt, die dann zusammen fließt (...). (Interviewpartner E; Zeile 98-99)“

Auch innerhalb der Kommunen, die noch keinen Bürgerhaushalt vollständig durchgeführt oder begonnen hatten, erhob ORBIT die Methoden zur Informationsvermittlung. Dabei zeigte sich in den Interviews, dass mehrheitlich Haushaltsbroschüren und Onlineinformationen über den Bürgerhaushalt bzw. den Stadthaushalt verwendet wurden. Zudem gab es Informationsveranstaltungen und Vorträge zum Thema. Teilweise kamen Printmedien zum Einsatz. In Einzelfällen konnten sich Bürger/innen an Sitzungen der Stadtbeiräte beteiligen und auch Online-Haushaltsrechner kamen zum Einsatz. Auch die Ergebnisse aus der Onlinebefragung stützten diese Daten. Broschüren und Informationen per Internet standen dort an erster Stelle. Eher selten genutzt wurden Flyer bzw. Radio oder Fernsehen.

Auch hier konnten die Akteure/innen die Effektivität der partizipativen Methoden bewerten. Dabei zeigte sich, dass Bürgerversammlungen, Befragungen im Internet per Fragebogen, persönliche Einladungen zu Informationsveranstaltungen und offene Bürgerforen aus deren Sicht am effektivsten eingeschätzt wurden, wohingegen persönliche sowie telefonische Interviews eher eine weniger bis uneffektive Einschätzung erhielten.

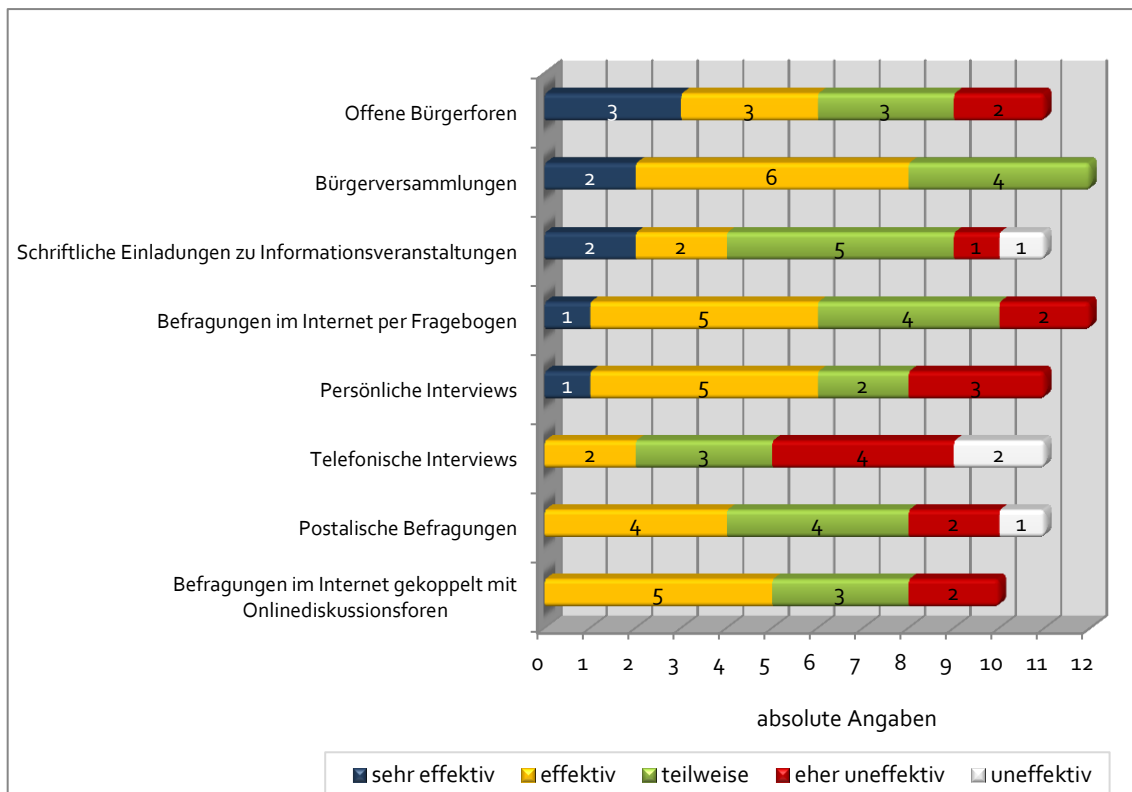


Abb. 11 Effektivität eingesetzter Methoden

5.2.4 Verbesserung und Unterstützung

Auch bei den Kommunen, die den Prozess noch nicht vollständig durchlaufen hatten, war die Frage nach möglichen Verbesserungen im Rahmen der Onlineerhebung Gegenstand. So wurde vorgeschlagen, den Bürger/innen die Grenzen des Verfahrens klar zu kommunizieren, um keine falschen Hoffnungen zu wecken. Dabei war es den Befragten auch wichtig, den Bürger/innen das Verfahren so verständlich wie möglich zu erläutern und immer wieder die Vorteile aufzuzeigen. Ergänzend wurde noch die Sicherung von externer Unterstützung genannt, falls die Motivation bei Politik und Verwaltung zu gering sei. Was diese Unterstützung dabei leisten soll, ist Abbildung zwölf zu entnehmen.

Wie im Diagramm zu erkennen ist, besteht insbesondere dann ein Bedarf nach externer Unterstützung, wenn es um die Moderation von Präsenzveranstaltungen, um die Erstellung und Auswertung von Fragebögen sowie um die Evaluation des gesamten Verfahrens geht. Weniger populär sind die Steuerung des Prozesses und die Betreuung des Internetauftrittes.

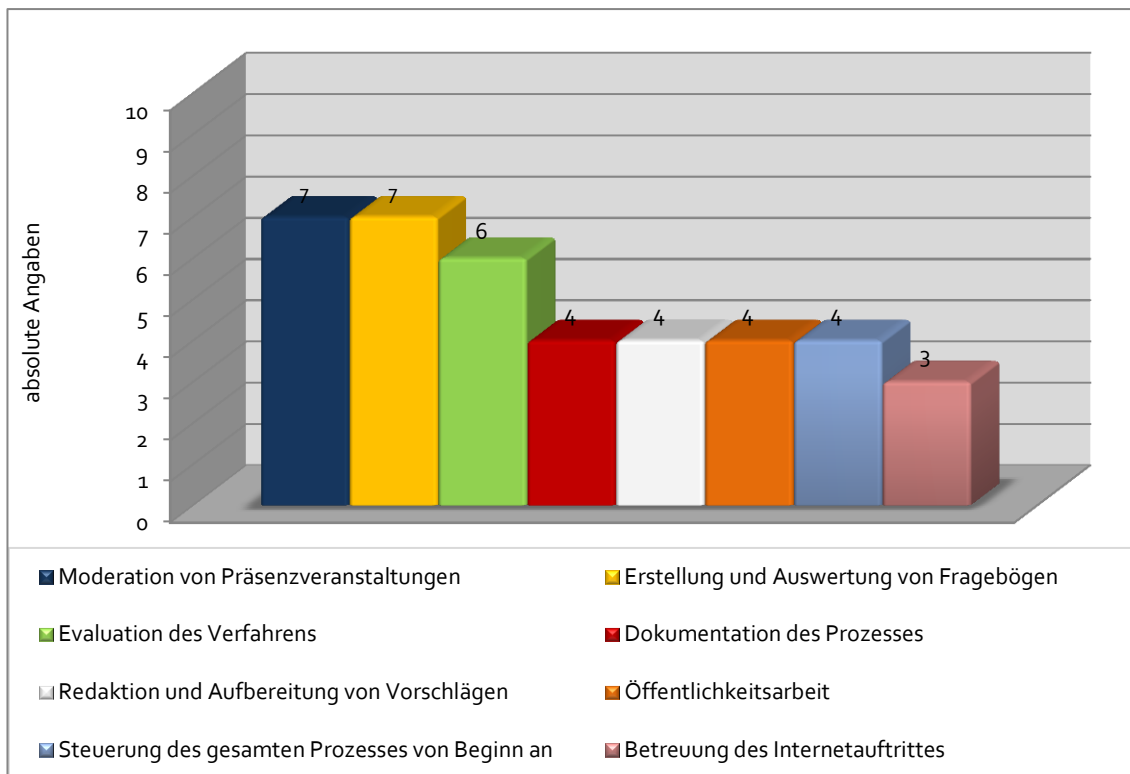


Abb. 12 Externe Unterstützung

Hinsichtlich der Qualifizierungsbedarfe am Prozess beteiligter Personen zeigte sich vor allem der Wunsch nach Angeboten, die die zur Verfügung stehenden Methoden zur Informationsvermittlung thematisieren. Als sehr wichtig sehen die Befragten auch Qualifizierungsmaßnahmen in Bezug auf Kommunikation und Prozessmoderation an.

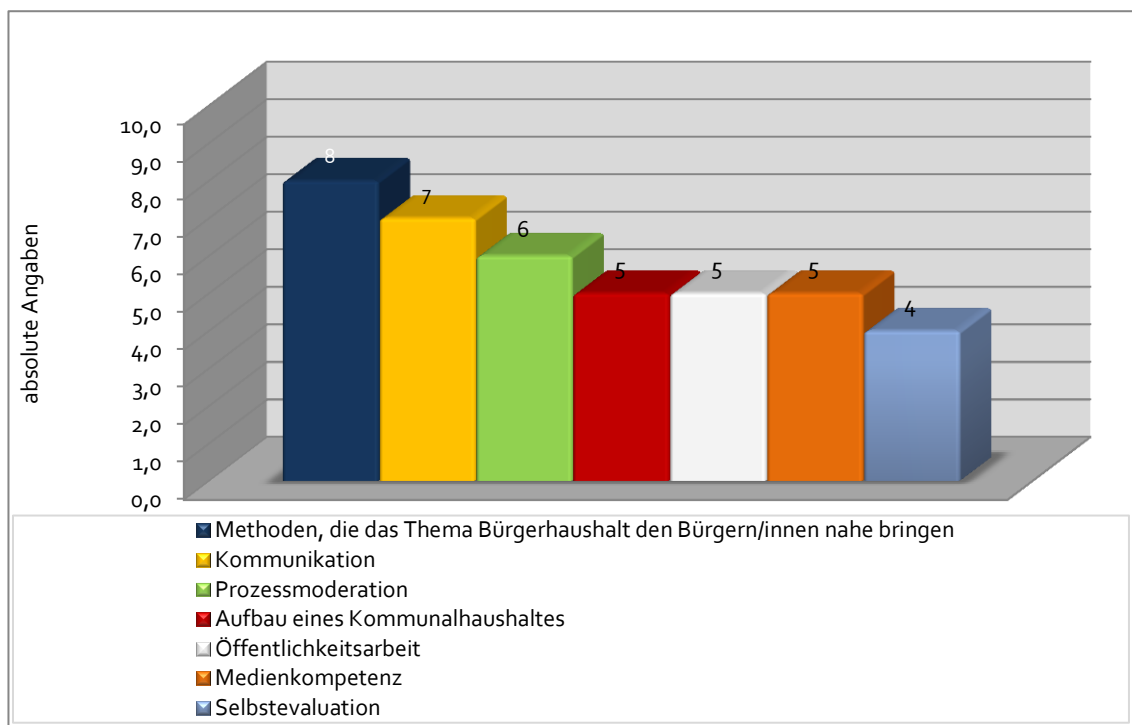


Abb. 13 Qualifizierungsmaßnahmen

5.2.5 Weiterentwicklung und Visionen

„Wenn man da eine Arbeitsgruppe hinkriegt oder eine Steuerungsgruppe die der Finanzbürgermeister und die Oberbürgermeisterin im Prozess unterstützt und wir vielleicht tatsächlich hinbekommen, dass es aus einzelnen Stadtteilen (...) zu einer Prioritätenliste (wenigstens auf der Investitionsseite) kommt, dann wäre das schon einmal ein Gewinn.“ (Interviewpartner E; Zeile 127-131)

Auf die Frage welche Visionen in Bezug auf die Weiterentwicklung des Bürgerhaushaltes bestehen, wurde mehrheitlich geantwortet, dass man verstärkt die Bürger/innen als Experten/innen vor Ort für Entscheidungen nutzen wolle sowie durch die Abstimmung mit diesen eine höhere Akzeptanz von Entscheidungen erreichen möchte. Desweiteren strebe man die politische Beteiligung der Bürger/innen als Normalzustand an und hoffe darauf, auf lange Sicht eine Verkleinerung der Verwaltung zu verwirklichen. Als weiteres Ziel wurde die Initiierung eines Strategiedialoges genannt, bei dem Vertretern/innen aus den gesellschaftlichen Bereichen Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur mitarbeiten.

Unter der Kategorie der in nächster Zeit geplanten Vorhaben ergaben sich folgende Antworten: So beabsichtigt ein Großteil der Kommunen den ins Stocken geratenen Prozess wiederzubeleben bzw. zumindest Konzeptvorschläge dem Stadtrat zu unterbreiten. Zudem ist es beabsichtigt, bestehende Haushaltsbroschüren anzupassen, um so den Aufbau des Doppikhaushaltes den Bürger/innen erläutern zu können. Einige Kommunen gaben an, das Methodenspektrum erweitern zu wollen.

5.3 Vergleich der Ergebnisse

In diesem Kapitel werden die zuvor differenziert dargestellten Ergebnisse verglichen. Ziel ist es, Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen den Kommunen, die einen Bürgerhaushalt durchgeführt haben (Kategorie A) und Kommunen, die bereits begonnen haben bzw. noch in Vorbereitung sind (Kategorie B), herauszuarbeiten.¹

Betrachtet man die Gründe für die Einführung bzw. geplante Einführung von Bürgerhaushalten, so zeigt sich in beiden Kategorien die Absicht mit dem Bürgerhaushalt die Bürgerbeteiligung bei kommunalen Entscheidungen zu erhöhen. Als Gelingensbedingungen werden einheitliche transparente Strukturen, qualifiziertes Personal und engagierte Bürger/innen genannt. Unter dem Aspekt „Positives“ konnten keine Gemeinsamkeiten festgestellt werden, was daran liegen könnte, dass den Kommunen aus Kategorie B noch die Erfahrungen fehlen, eine abschließende Wertung vornehmen zu können. Bezogen auf die negativen Erfahrungen werden in beiden untersuchten Kategorien Widerstände in Politik und Verwaltung und mangelnde Akzeptanz des Verfahrens bei den Bürger/innen genannt.

Bei einem Vergleich der Effektivität der eingesetzten partizipativen Methoden fällt auf, dass Kommunen der Kategorie A die eingesetzten Methoden zum Teil anders bewerten, als dies Kommunen der Kategorie B tun. Insbesondere die Befragung im Internet gekoppelt mit Onlinediskussionsforen wird sehr unterschiedlich bewertet.

¹ Die Unterteilung in Kategorie A bzw. B dient der vereinfachten Darstellung

Zurückzuführen ist dies unter Umständen auf die Tatsache, dass unter der Kategorie B, nicht nur Kommunen berücksichtigt sind, die einen Bürgerhaushalt begonnen haben, sondern eben auch die Kommunen, welche die Einführung eines Bürgerhaushalts vorbereiten. Jenen Kommunen fehlen wahrscheinlich noch Erfahrungen im Einsatz partizipativer Methoden. Der unterschiedliche Entwicklungsstand der einzelnen Kommunen könnte ebenso für die unterschiedlichen Bewertungen der externen Unterstützung sowie Qualifizierungsmaßnahmen verantwortlich sein.

6 BEST PRACTICE FÜR EINEN BÜRGERHAUSHALT

Grundsätzlich kann man Kommunen, die einen Bürgerhaushalt einführen wollen, kein maßgeschneidertes Konzept in die Hand geben, mit dem sie problemlos ihr Vorhaben in die Tat umsetzen können. Vielmehr bedarf es immer der Berücksichtigung der jeweiligen regionalen Besonderheiten, die jeweils immer eigene Vorgehensweisen erfordern, um einen Bürgerhaushalt zu erarbeiten. Die Größe der Stadt bzw. Kommune, die soziale Situation der Gemeinde und allen voran die Finanzkraft sind an dieser Stelle ausschlaggebende Parameter. Nichtsdestotrotz ist es möglich, ein Grundgerüst zur Orientierung aufzustellen, welches wichtige Eckpunkte aufzeigt.

Schritt 1: Einbeziehung von Stadt – und Kommunalräten

Erstes Ziel sollte es sein die Akzeptanz des Verfahrens auf eine möglichst breite politische Basis zu stellen, da letztlich die Entscheidung über die Umsetzung der von den Bürgern/innen eingereichten Vorschläge durch politische Gremien erfolgt. Dies erfordert eine umfassende Diskussion auf allen beteiligten politischen Ebenen. Ist dies geschehen kann ein Grundsatzbeschluss gefasst werden, um das Projekt Bürgerhaushalt auf den Weg zu bringen.

Schritt 2: Akzeptanz innerhalb der Verwaltung

Der zweite Schritt besteht in der Einbeziehung der örtlichen Verwaltung. Auch hier ist es angeraten, diese in den Prozess frühzeitig zu involvieren, was bedeutet, dass es oft nicht ausreicht lediglich einen Auftrag an die Verwaltung zu erteilen, ein entsprechendes Konzept für einen Bürgerhaushalt zu erarbeiten und dieses dann umzusetzen. Vielmehr muss auch hier für Akzeptanz und hinreichend Motivation gesorgt werden, da die Verwaltung das ausführende Organ ist und somit vom Nutzen des Verfahrens überzeugt sein muss.

Schritt 3: Information über bestehende Bürgerbeteiligungskonzepte

Nachdem eine breite Akzeptanz innerhalb der Verwaltung und in den verantwortlichen politischen Gremien geschaffen wurde, sollten sich die Akteure/innen über existierende Bürgerbeteiligungskonzepte anderer Kommunen informieren. Dazu bieten sich Hearings mit zentralen Akteuren/innen dieser Kommunen an. Ebenfalls denkbar

wäre der Besuch anderer Kommunen, um vor Ort direkt mit verschiedenen Akteuren/innen in Kontakt zu treten. Zudem finden in regelmäßigen Abständen Fachtagungen statt, welche zu einem Austausch von Akteuren/innen einladen, neueste Entwicklungen vorstellen und zum Knüpfen von Kontakten dienen. Wann und wo diese Tagungen stattfinden kann man der Seite www.buergerhaushalt.org entnehmen.

Schritt 4: Die Erarbeitung eines Konzeptes

An dieser Stelle beginnt die eigentliche Arbeit im Prozess. Die bisher erhaltenen Informationen müssen nun in ein ganzheitliches Konzept umgewandelt werden. Wie bereits zu Beginn des Kapitels erwähnt, ist es dabei notwendig regionale Besonderheiten zu bedenken. So dürfte es beispielsweise in einer Kommune mit 500 Einwohnern/innen nicht unbedingt notwendig sein, eine Internetplattform zu erstellen, da hier möglicherweise Präsenzveranstaltungen schon vollkommen ausreichend sind. Wichtig ist es daher im Vorfeld zu klären, mit welchen Mitteln den Bürger/innen Informationen zum Thema Bürgerhaushalt bereitgestellt werden, wie die Einbringung von Vorschlägen erfolgen und auf welche Art und Weise die Abstimmung über eingebrachte Vorschläge ablaufen soll. Dazu gehört auch die Überlegung, wie letztendlich Rechenschaft darüber abgelegt werden kann, welche Vorschläge umgesetzt wurden, welche nicht zu berücksichtigen waren und warum diese nicht umgesetzt werden konnten.

Schritt 5: Gut gestaltete und passgenaue Informationsmaterialien erstellen

Inhaltlich ist es während dieser Phase wichtig, den Bürger/innen aufbereitete Informationen zur Verfügung zu stellen. Insbesondere kommt es darauf an, über den Aufbau des Haushaltes sowie den Sinn und die Funktionsweise eines Bürgerhaushaltes zu informieren. Zu diesem Zweck veröffentlichten viele der untersuchten Kommunen Haushaltsbroschüren. Dabei ist es sehr wichtig, dass die Informationen so präsentiert werden, dass diese für alle Bürger/innen leicht verständlich sind. Dazu gehört eine einfache Sprache mit wenigen Fremdwörtern, viele Schaubilder und eine klare Struktur der Broschüre. Weitere Methoden zur Präsentation wären beispielsweise die Herausgabe von Infoheften oder die Erstellung einer Homepage. Zusätzliche Informationsmethoden sind den Kapiteln 5.1.3. und 5.2.3. zu entnehmen.

Schritt 6: Methoden zur Meinungsäußerung und Bewertung auswählen

Diese Phase dient der unmittelbaren Einbeziehung der Bürger/innen, die ihre Meinungen äußern, Vorschläge einbringen und bereits gemachte Vorschläge bewerten können. Auch hier steht ein sehr breites Spektrum an Methoden zur Verfügung wie beispielsweise die Einberufung öffentlicher Präsenzveranstaltungen, je nach Gegebenheiten entweder einige wenige in zentraler Form oder aber mehrere dezentralisierte. Welche weiteren Möglichkeiten bestehen, können den Kapiteln 5.1.3. sowie 5.2.3. entnommen werden. Da die Konsultationsphase das Herzstück des gesamten Bürgerbeteiligungsprozesses darstellt, muss hier im Vorfeld sehr sorgfältig überlegt werden, welche Methoden sich eignen und welche nicht. Es hat sich gezeigt, dass es von größter Bedeutung ist, die Menschen direkt anzusprechen, um eine hohe Beteiligung zu

erhalten. Generell empfiehlt es sich, ein möglichst breites Spektrum an partizipativen Methoden anzuwenden, um so alle Bevölkerungsschichten zu erreichen.

Schritt 7: Transparenz herstellen

Sind alle Vorschläge eingegangen, müssen diese durch die Verwaltung zusammengefasst und aufbereitet werden. Ist dies geschehen, kann von den verantwortlichen Gremien entschieden werden, welche umsetzbar sind und welche nicht. Dabei ist es eminent wichtig, dass die getroffenen Entscheidungen den Bürger/innen auch begründet werden, denn nur so zeigt man diesen, dass ihre Meinung tatsächlich wichtig ist. Geschehen kann dies beispielsweise im Rahmen einer Internetplattform oder aber auch über das direkte Anschreiben der Bürger/innen.

Schritt 8: Umsetzung der Vorschläge und die Auswertung des Prozesses

Die Umsetzung der Vorschläge sollte relativ zeitnah geschehen. Dadurch erleben die Bürger/innen direkte Demokratie, was sich wiederum auch positiv auf andere demokratische Prozesse auswirkt. Gleichzeitig ist es von großer Bedeutung zu kommunizieren, warum bestimmte Vorschläge nicht übernommen werden konnten. Das Verfahren insgesamt sollte nach Abschluss noch einmal von den Akteuren/innen bewertet werden, um herauszufiltern, was positiv gelaufen ist und somit im nächsten Turnus übernommen werden kann bzw. was nicht so gut gelaufen ist und demnach einer Nachbesserung bedarf. Generell ist noch festzuhalten, dass bei der erstmaligen Durchführung insbesondere in Punkto Beteiligung auch eine vermeintlich geringe Beteiligung am Verfahren als Erfolg gewertet werden kann, da sich ein solches Verfahren erst einmal als erfolgsversprechend und interessant bewähren muss und somit einer schrittweisen Entwicklung bedarf.

7 EMPFEHLUNGEN

Aus den gewonnenen Ergebnissen der Studie leiten sich Empfehlungen ab, die im Folgenden vorgestellt werden. Dabei erfolgt eine differenzierte Betrachtung der Kommunen nach dem Entwicklungsstand des Bürgerbeteiligungsprozesses.

7.1 Empfehlungen für Kommunen, die erstmals einen Bürgerhaushalt einführen wollen

Partizipation bildet die Basis eines jeden Bürgerhaushaltes, unabhängig von den örtlichen Gegebenheiten der Kommunen, die einen Bürgerhaushalt einführen wollen. In Zeiten knapper Kassen sollte daher nicht die Finanzschwäche und das damit verbundene Ziel der Haushaltskonsolidierung ausschlaggebendes Kriterium für die Einführung eines Bürgerhaushaltes sein, sondern vielmehr der erklärte politische Wille einer Kommune.

Was sind die wichtigsten Voraussetzungen für die Umsetzung eines gelingenden Bürgerhaushaltes?

Die Einführung eines Bürgerhaushaltes ist zunächst von einer möglichst breiten Akzeptanz auf politischer und administrativer Ebene abhängig, da ihr in Bezug auf Organisation und Implementation des Bürgerhaushaltes eine Schlüsselrolle zukommt. Die fehlende Bereitschaft für die Umsetzung in der Verwaltung stellt ansonsten ein scheinbar unüberwindbares Hindernis dar, wie die Untersuchung bestätigt.

Die Verantwortung für den kommunalen Haushalt liegt beim Stadt- oder Gemeinderat, weshalb für die Einführung eines Bürgerhaushaltes ein entsprechender Beschluss des jeweiligen Gremiums erfolgen muss.

Ein Bürgerhaushalt kann nicht ohne Aufwand eingeführt werden. Fehlende finanzielle und personelle Ressourcen haben sich in der Untersuchung als Haupthindernisse bei der Einführung von Bürgerhaushalten herauskristallisiert. Daher ist es ratsam, eine Stelle mit mindestens 0,5 Vollbeschäftigteneinheiten (VbE)² innerhalb der Verwaltung einzurichten. Der (im)materielle Nutzen von Bürgerhaushalten kann diese Aufwände aber bei weitem übersteigen, so dass sich auch in Zeiten der Finanz- und Wirtschaftskrise der Einsatz lohnt.

Besonders hilfreich kann es sein, sich mit anderen Kommunen zu vernetzen, die bereits Erfahrungen mit Bürgerhaushalten besitzen und in intensiven Austausch mit diesen zu treten. Einen ersten Ansatz stellt hier das Bürgerhaushaltsnetzwerk für Kommunen in Thüringen dar. Um die Koordination des Projektes innerhalb der Kommune bewerkstelligen zu können, empfiehlt sich je nach Größe der Kommune die Einrichtung mindestens einer ehrenamtlich, besser einer hauptamtlichen und kontinuierlich arbeitenden Koordinationsstelle.

Darüber hinaus hat sich auch der Einbezug einer externen Begleitung, die beispielsweise Präsenzveranstaltungen moderiert oder Fragebögen erstellt und auswertet, als besonders hilfreich für Kommunen erwiesen, die wenig bzw. keine Erfahrungen mit diesem Beteiligungsinstrument besitzen.

Von großer Bedeutung für ein gelingendes Bürgerbeteiligungsverfahren ist eine intensive Werbung und Öffentlichkeitsarbeit in der Kommune. Als wichtige und auf breiter Basis akzeptierte Methode haben sich hier in erster Linie Bürgerversammlungen, Informationsbroschüren und in zunehmendem Maß auch das Internet mit der Möglichkeit für Onlinediskussionsforen, Onlinebefragungen etc. erwiesen. Wichtig ist es dabei darauf zu achten, durch einen breiten Einsatz von Methoden möglichst alle gesellschaftlichen Gruppen der Kommune in diesen Prozess einzubeziehen. Auch die direkte Ansprache durch Einladungen zu Veranstaltungen, Seminare zum Thema etc. stellt an dieser Stelle ein durchaus probates Mittel dar.

Wichtigstes Kriterium für den Dialog mit der Bevölkerung ist dabei die Responsivität der Verfahren. Bürgerhaushalte setzen vom ersten Moment an auf Beteiligung und so sollten bereits die Methoden der Informationsvermittlung durch einen direkten Einbezug der Bevölkerung gekennzeichnet sein, der Bürgern/innen von Anfang an Möglich-

² Eine VbE entspricht einer Vollzeitstelle mit mindestens 38 Arbeitsstunden pro Woche.

keiten einräumt, Vorschläge einzubringen und Meinungen zu unterbreiten. Zudem hat es sich als praktikabel erwiesen, im Rahmen der Abfrage von Vorschlägen feste Kategorien vorzugeben.

7.2 Empfehlungen für Kommunen, die bereits einen Bürgerhaushalt begonnen haben

Kommunen, die bereits mit dem Bürgerhaushalt begonnen haben, d.h. sich in der Informations- oder eventuell schon in der Konsultationsphase befinden, sollten diesen Prozess unbedingt fortsetzen. Im Gegensatz zu den Städten, die eine Einführung planen, wurden in diesen Kommunen wichtige politische Entscheidungen getroffen und aktiv begonnen, ein Bürgerhaushaltsverfahren auf den Weg zu bringen.

Für solche Kommunen, die im Prozess der Informationsvermittlung engagiert arbeiten und den Übergang zur Konsultationsphase planen, ist es empfehlenswert, im Vorfeld realistische Ziele in Bezug auf die angestrebte Beteiligung zu formulieren. Dazu ist es unerlässlich, ausgehend von den geplanten Methoden Überlegungen anzustellen, wie möglichst alle Bevölkerungsschichten in das Bürgerbeteiligungsverfahren einbezogen werden können. Bewährt hat sich hierbei die Anwendung eines breiten Methodenspektrums, sowohl mit direkten Ansprachen (z.B. Einladungen) als auch flexiblen Abstimmungsmöglichkeiten (Fragebogen, Internet), wobei die Abstimmung im Internet per Fragebogen im Vergleich zur postalischen Abstimmung als sinnvoller und effektiver angesehen werden. Wichtig ist es dabei, auf die Fragenformulierung zu achten und gleichzeitig passgenaue Vorschlagskategorien zu geben. Gute Fragen zu stellen, ist dabei kein leichtes Unterfangen. Sozialwissenschaftliche Fachkenntnisse und entsprechendes Methodenwissen können hier von großem Nutzen sein und den Erfolg dieser Phase vergrößern. In den Städten, die bereits seit einigen Jahren erfolgreich Bürgerbeteiligungsverfahren einsetzen, hat sich die Einrichtung einer ehrenamtlich und kontinuierlich arbeitenden Arbeitsgruppe bzw. Koordinierungsstelle bewährt. Diese Arbeitsgruppen könnten aus engagierten Bürger/innen und städtischen Verantwortlichen des Verfahrens bestehen, die in regelmäßigen Treffen, das Beteiligungsverfahren weiterentwickeln. Diese Stelle soll nicht die hauptamtliche Arbeit ersetzen, sondern unterstützend arbeiten. Wie auch bei den anderen Kommunen ist die Einrichtung einer Stelle mit mindestens 0,5 VbE innerhalb der Verwaltung empfehlenswert.

Für die Umsetzung und Weiterentwicklung des Verfahrens sind außerdem regelmäßige Qualifizierungsmaßnahmen notwendig, begonnen bei Prozessmoderation bis hin zu Methoden, die den Bürger/innen das Thema Bürgerhaushalt näher bringt.

Kommunen, die sich im Übergang von der Konsultationsphase zur Rechenschaftslegung befinden, sollten sich Gedanken darüber machen, wie die Ergebnisse den Bürger/innen verständlich nahe gebracht werden können. Dazu eignen sich verschiedene Methoden, wie beispielsweise Broschüren oder die Website der jeweiligen Kommune. Die Umsetzung bzw. Auseinandersetzung mit den Vorschlägen aus der Bürgerschaft sollte zudem zeitnah erfolgen, um den Bürger/innen somit größtmögliche Transparenz und Wertschätzung entgegenzubringen.

7.3 Empfehlungen für Kommunen, die einen Bürgerhaushalt durchführen

Für Kommunen, die bereits mindestens einmal alle drei Phasen des Prozesses durchlaufen haben, sind die folgenden Empfehlungen gedacht.

So ist es im Sinne der Verbesserung des Verfahrens sehr wichtig, dieses regelmäßig zu evaluieren. Ergänzend dazu sollten die eingesetzten Methoden (informativ, partizipativ) auf ihre Wirksamkeit hin überprüft werden. Ob dies in Selbstevaluation oder Fremdevaluation geschieht, hängt von der Größe der Kommune, den örtlichen Gegebenheiten, dem Fachwissen der Mitarbeiter/innen und dem sonstigen vorhandenen Know-How ab.

Als sehr wichtig hat sich zudem die aufsuchende Arbeit vor Ort erwiesen, um zum einen sogenannte schwer erreichbare Bevölkerungsgruppen einzubeziehen und zum anderen die Beteiligung zu erhöhen. Zudem hat es sich als praktikabel erwiesen beim Einholen von Vorschlägen Kategorien vorzugeben. Da das Verfahren sehr arbeitsintensiv ist, sollten innerhalb der Verwaltung zumindest 0,5 VbE zur Verfügung gestellt werden, wobei zu bedenken ist, dass diese Zahl je nach Größe der Kommune angepasst werden muss. Ergänzend dazu empfiehlt sich die Einrichtung einer ehrenamtlich arbeitenden Arbeitsgruppe die koordinierend tätig ist.

8 ZUSAMMENFASSUNG UND FAZIT

Es ist festzuhalten, dass die Idee des Bürgerhaushaltes von einer Mehrheit aus Politik und Verwaltung als positiv angesehen wird. Dies zeigt sich insbesondere daran, dass die Kommunen, welche bereits einen Bürgerhaushalt eingeführt haben auch bestrebt sind, diesen fortzuführen. Dafür spricht auch die ständig steigende Anzahl von Kommunen in Thüringen, Sachsen und Sachsen – Anhalt (und weiteren Bundesländern), welche sich mit der Idee tragen, einen Bürgerhaushalt einzuführen bzw. dies bereits getan haben. (vgl. <http://www.buergerhaushalt.org/>)

Dabei sollte von den Verantwortlichen immer bedacht werden, dass die Einführung eines Bürgerhaushaltes ein langwieriger Prozess ist, bei dem man nicht unbedingt schon im ersten Jahr von zu großen Erfolgen ausgehen kann. Die Erfahrungen in Porto Alegre haben gezeigt, dass zu Beginn eine eher geringe Akzeptanz bei der Bevölkerung vorhanden war, welche sich über viele Jahre sukzessive gesteigert hat, was sich wiederum in den von Jahr zu Jahr ansteigenden Beteiligungsquoten widerspiegelte. Auch wenn sich die Bürgerhaushaltsmodelle in Deutschland und Brasilien nur bedingt vergleichen lassen, kann man davon ausgehen, dass in Deutschland ähnliche Entwicklungen zu verzeichnen sein werden. Erste Bestätigungen dieser Annahme haben die geführten Interviews innerhalb dieser Studie ergeben.

Trotz des langwierigen Prozesses überzeugt der Nutzen von kommunalen Bürgerhaushalten. Das Bürgerbeteiligungsverfahren kann zum einen den Dialog zwischen Bürgern/innen, Politik und Verwaltung (re-)aktivieren und schafft gleichzeitig Akzeptanz der Bürger/innen in Bezug auf verschiedene haushaltspolitische Belange. Zum anderen erhöht sich das Vertrauen der Bürger/innen, indem die Demokratie innerhalb

der Kommune gefördert wird und ein weiterer positiver Effekt ist, dass die zunehmende Politik- und Parteiverdrossenheit sukzessive abgebaut werden kann.

Die Bürger/innen sollten mit ihrem Know-How als Experten/innen vor Ort unbedingt in die politischen Belange der Kommunen einbezogen werden.

9 LITERATUR

6. Netzwerktreffen Bürgerhaushalt. Vom Projekt zum Programm Dokumentation vom 24. 09.08 (2008). Bonn: InWEnt (Material / Servicestelle Kommunen in der Einen Welt).

Auschner, Eika (2008): Kommunalen Bürgerhaushalt. Das brasilianische Erfolgsmodell und dessen Umsetzung in Deutschland: VDM Verlag Dr. Müller.

Biela, Jan (2008): Macht der Bürgerhaushalt brasilianische Kommunen leistungsfähiger? Hamburg.

Bürgerhaushalt. Modelle Methoden Möglichkeiten (2004). Leipzig: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Stadtrat.

Buß, Claudia (2008): Kooperative oder direkte Demokratie. Partizipative Haushaltsfindung im Vergleich. Potsdam, Bobigny und Luzern: LIT.

Der Bürgerhaushalt in Europa - eine realistische Utopie? Zwischen partizipativer Demokratie Verwaltungsmodernisierung und sozialer Gerechtigkeit. 1. Aufl. (2010). Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwissenschaften (Bürgergesellschaft und Demokratie).

Der Bürgerhaushalt in Europa - eine realistische Utopie? Zwischen partizipativer Demokratie, Verwaltungsmodernisierung und sozialer Gerechtigkeit. 1. Aufl (2010). Wiesbaden: VS, Verl. für Sozialwiss (Bürgergesellschaft und Demokratie).

Engel, Denise (2009): Der Bürgerhaushalt als Instrument der kooperativen Demokratie. Dargestellt am Beispiel der Bürgerhaushaltsverfahren von Berlin-Lichtenberg und Köln: GRIN Verlag.

Franzke, Jochen; Kleger, Heinz (Hg.) (2006): Kommunalen Bürgerhaushalt in Theorie und Praxis am Beispiel Potsdams. theoretische Reflektionen, zusammenfassende Thesen und Dokumentation eines begleitenden Projektseminars: Universitätsverlag Potsdam.

Franzke, Jochen; Kleger, Heinz (Hg.) (2009): Bürgerhaushalt ohne Bürger? Analyse der Ergebnisse einer Einwohnerbefragung in der Stadt Potsdam im Frühjahr 2007: Universitätsverlag Potsdam.

Groß-Umstadt hat gute Erfahrungen mit dem Bürgerhaushalt.

Günther, Albert (2007): Der Bürgerhaushalt. Bestandsaufnahme - Erkenntnisse - Bewertung. Stuttgart [u.a.]: Boorberg.

Günther, Albert (2007): Der Bürgerhaushalt. Bestandsaufnahme - Erkenntnisse - Bewertung. 1. Aufl. Stuttgart, München, Hannover, Berlin, Weimar, Dresden: Boorberg.

Günther, Albert (2007): Der Bürgerhaushalt. Bestandsaufnahme - Erkenntnisse - Bewertung: Boorberg.

Haubner, Oliver (2004): Transparenz schafft Akzeptanz. Das Projekt Kommunalen Bürgerhaushalt.

Hegemann, Jörg: Kommunalen Bürgerhaushalt im Praxistest - Erfahrungen der kreisfreien Stadt Hamm.

Herzberg, Carsten (2001): Wie partizipative Demokratie zu politisch-administrativen Verbesserungen führen kann. Der Bürgerhaushalt von Porto Alegre. 3. Aufl... Hamburg: LIT (Region - Nation - Europa, 9).

Herzberg, Carsten (2001): Wie partizipative Demokratie zu politisch-administrativen Verbesserungen führen kann der Bürgerhaushalt von Porto Alegre. 2. Aufl. Münster, Hamburg, Berlin, London: LIT (Region - Nation - Europa).

Herzberg, Carsten (2001): Wie partizipative Demokratie zu politisch-administrativen Verbesserungen führen kann der Bürgerhaushalt von Porto Alegre. 3. Aufl. Münster, Hamburg, Berlin: LIT (Region - Nation - Europa).

Herzberg, Carsten (2001): Wie partizipative Demokratie zu politisch-administrativen Verbesserungen führen kann: der Bürgerhaushalt von Porto Alegre: LIT.

Herzberg, Carsten (2001): Wie partizipative Demokratie zu politisch-administrativen Verbesserungen führen kann: der Bürgerhaushalt von Porto Alegre. Münster: LIT (Region - Nation - Europa, 9).

Herzberg, Carsten (2002): Der Bürgerhaushalt von Porto Alegre. Wie partizipative Demokratie zu politisch-administrativen Verbesserungen führen kann. 2. Aufl. Münster u.a.: LIT (Region - Nation - Europa, 9).

Herzberg, Carsten (2002): Der Bürgerhaushalt von Porto Alegre. Wie partizipative Demokratie zu politisch-administrativen Verbesserungen führen kann. 2. Aufl... Hamburg: LIT (Region - Nation - Europa, 9).

Herzberg, Carsten (2006): Wie partizipative Demokratie zu politisch-administrativen Verbesserungen führen kann der Bürgerhaushalt von Porto Alegre. 3. Aufl. Münster, Hamburg, Berlin: LIT (Region - Nation - Europa).

Klages, Helmut (2007): „Bürgerhaushalt Berlin-Lichtenberg“. Partizipative Haushaltsplanaufstellung -entscheidung und -kontrolle im Bezirk Lichtenberg von Berlin; begleitende Evaluation des ersten Durchlaufs; Abschlussbericht. Speyer: Dt. Forschungsinst. für Öffentliche Verwaltung (Speyerer Forschungsberichte / Deutsches Forschungsinstitut für Öffentliche Verwaltung, Speyer).

Klages, Helmut; Daramus, Carmen (2007): „Bürgerhaushalt Berlin-Lichtenberg“. Partizipative Haushaltsplanaufstellung -entscheidung und -kontrolle im Bezirk Lichtenberg von Berlin ; begleitende Evaluation des ersten Durchlaufs ; Abschlussbericht ; enthält die Evaluation des Online-Moduls. Speyer: Dt. Forschungsinst. für Öffentliche Verwaltung (Speyerer Forschungsberichte, 249).

Klages, Helmut; Daramus, Carmen (2007): Bürgerhaushalt Berlin-Lichtenberg. Partizipative Haushaltsplanaufstellung, -entscheidung und -kontrolle im Bezirk Lichtenberg von Berlin. Begleitende Evaluation: Deutsches Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung.

Klages, Helmut; Daramus, Carmen (2007): Bürgerhaushalt Berlin-Lichtenberg. Partizipative Haushaltsplanaufstellung, -entscheidung und -kontrolle im Bezirk Lichtenberg von Berlin ; begleitende Evaluation. 1. Aufl. Speyer: Dt. Forschungsinst. für öffentl. Verwaltung Speyer (Speyerer Forschungsberichte, 249).

Kleger, Heinz (Hg.) (2007): Rathenow 2020. Stadt der Bürgerschaft - eine brandenburgische Stadt sucht ihren Weg: Universitätsverlag Potsdam.

Ködelpeter, Thomas; Nitschke, Ulrich (Hg.) (2008): Jugendliche planen und gestalten Lebenswelten. Partizipation als Antwort auf den gesellschaftlichen Wandel: Deutscher Universitäts-Verlag.

Löffler, Elke: Von der freiwilligen Feuerwehr zum Bürgerhaushalt.

Müller, Marco (2008): Der partizipative Bürgerhaushalt in Porto Alegre. Eine Herausforderung für die liberale Demokratie?: GRIN Verlag.

Pritscha, Patrick (2008): Was ist ein Bürgerhaushalt und wie entsteht er. Ein Leitfaden zur Erarbeitung von Bürgerhaushalten: GNN Schkeuditz.

Röber, Manfred (2006): Der „Bürgerhaushalt“ - ein Instrument zur Demokratisierung der Haushaltsplanung? Konzept Verlauf und Ergebnisse eines Pilotprojekts im Bezirk Lichtenberg von Berlin.

Roeder, Eva (2010): Der Bürgerhaushalt in Rosario (Argentinien). Ein Beitrag zur Demokratisierung der lokalen Ebene: LIT.

Schwarting, Gunnar (2009): Den kommunalen Haushaltsplan richtig lesen und verstehen. Leitfaden für Rat und Verwaltung: Schmidt, Erich.

Sintomer, Yves (2010): Der Bürgerhaushalt in Europa &x2013; eine realistische Utopie? Zwischen partizipativer Demokratie Verwaltungsmodernisierung und sozialer Gerechtigkeit. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften / GWV Fachverlage GmbH Wiesbaden.

Sintomer, Yves; Herzberg, Carsten; Röcke, Anja (2010): Der Bürgerhaushalt in Europa - eine realistische Utopie? Zwischen Partizipativer Demokratie, Verwaltungsmodernisierung und sozialer Gerechtigkeit: VS Verlag.

Sintomer, Yves; Herzberg, Carsten; Röcke, Anja (2010): Der Bürgerhaushalt in Europa - eine realistische Utopie? Zwischen Partizipativer Demokratie, Verwaltungsmodernisierung und sozialer Gerechtigkeit. 1. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften (Bürgergesellschaft und Demokratie, 33).

Sintomer, Yves; Herzberg, Carsten; Röcke, Anja (2010): Der Bürgerhaushalt in Europa - eine realistische Utopie? Zwischen partizipativer Demokratie Verwaltungsmodernisierung und sozialer Gerechtigkeit. 1. Aufl... Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss. (Bürgergesellschaft und Demokratie, 33).

Sintomer, Yves; Herzberg, Carsten; Röcke, Anja (2010): Der Bürgerhaushalt in Europa &x2013; eine realistische Utopie? Zwischen partizipativer Demokratie Verwaltungsmodernisierung und sozialer Gerechtigkeit. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften / GWV Fachverlage GmbH Wiesbaden.

Soénus, Peter Michael: Kölner Bürgerhaushalt - "Deine Stadt, Dein Geld".

Weise, Sebastian (2007): Bürgerhaushalt in Berlin. Das Bürgerhaushaltsprojekt des Bezirkes Lichtenberg: LIT.

Weise, Sebastian (2007): Bürgerhaushalt in Berlin. Das Bürgerhaushaltsprojekt des Bezirkes Lichtenberg. Zugl.: Potsdam, Univ., Diplomarbeit, 2006. Berlin, Münster: LIT (Region - Nation - Europa).

Internetlinks:

Ahlke, Josef: Bürgerhaushalte in Deutschland. Anfänge und Ansatzpunkte, in: <http://www.buergerhaushalt.org/wp-content/uploads/2008/06/burgerhaushalte-deutschland-thuringen.pdf> am 19.03.2010.

Herzberg, Carsten/ Cuny, Cecile, Herausforderungen der technischen Demokratie: Bürgerhaushalt und die Mobilisierung von Bürgerwissen. Eine Untersuchung von Beispielen in der Region „Berlin-Brandenburg“, in: http://www.buergerhaushalt-europa.de/documents/Artikel_buergerwissen_Herzberg_Cuny20.pdf am 18.03.2010.

Herzberg, Carsten: Die Beteiligungsphasen eines Bürgerhaushalts, in: <http://www.buergerhaushalt.org/grundlagen/die-beteiligungsphasen-eines-buergerhaushalts/> am 22.03.2010.

Märker, Oliver/ Rieck, Sophia: Bürgerhaushalte in Deutschland. Statusbericht- Stand 01.03.2010, in : http://www.buergerhaushalt.org/wp-content/uploads/2010/03/Statusbericht-M%C3%A4rker-2010_0311.pdf am 19.03.2010.